Fortschritt und Zusammenhalt

15. Landesparteitag

1. Tagung, 22. Juni 2019, Chemnitz

Arbeitsheft 3

ÄA zu Leitantrag

DIE LINKE.

LANDESVERBAND SACHSEN

Inhaltsverzeichnis

A. Leitantrag

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen. *siehe Arbeitsheft 1*

ÄA. Änderungsanträge zum Leitantrag

ÄA.27. 4
ÄA.28. 5
ÄA.29. 6
ÄA.30. 7
ÄA.31. 8
ÄA.32. 9
ÄA.33. 10
ÄA.34. 11
ÄA.35. 12
ÄA.36. 13
ÄA.37. 14
ÄA.38. 15
ÄA.39. 16
ÄA.40. 17
ÄA.41. 18
ÄA.42. 19
ÄA.43. 21
ÄA.44. 22
ÄA.45. 24
ÄA.46. 25
ÄA.47. 30
ÄA.48. 32
ÄA.49. 33
ÄA.50. 34
ÄA.51. 35
ÄA.52. 36
ÄA.53. 37
ÄA.54. 38
ÄA.55. 39
ÄA.56. 41
ÄA.57. 42
ÄA.58. 43
ÄA.59. 44
ÄA.60. 45
ÄA.61. 46
ÄA.62. 48
ÄA.63. 49
ÄA.64. 50
ÄA.65. 51
ÄA.66. 52
ÄA.67. 53
ÄA.68. 54
ÄA.69. 55
ÄA.70. 56
ÄA.71. 57
ÄA.72. 58
ÄA.73. 59
ÄA.74. 60
ÄA.75. 61
ÄA.76. 62
ÄA.77. 63
ÄA.78. 64
ÄA.79. 65
ÄA.80. 66
ÄA.81. 67
ÄA.82. 68
ÄA.83. 70
ÄA.84. 72
ÄA.85. 73
ÄA.86. 74
ÄA.87. 76
ÄA.88. 77
ÄA.89. 78

Dokumente digital

Partei -> 1. Tagung des 15. Landesparteitages
oder
http://gleft.de/2Wd

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.27. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Mischa Kreutzer

Der Parteitag möge beschließen:

Ändere in Zeile 720–723:

Alt:

„In Sachsen wird zu viel Verkehr erzeugt und gleichzeitig sind nicht alle Menschen mobil. Immer mehr Arbeitnehmer*innen sind dazu gezwungen, immer weitere Wege zwischen Wohnort und Arbeitsplatz auf sich zu nehmen. Daher ist das oberste Ziel die Verkehrsreduzierung."

Neu:

„Der Autoverkehr liegt im Fokus bisheriger Verkehrspolitik, was zu einer erheblichen Steigerung des Verkehrsaufkommens geführt hat. Wer es sich finanziell nicht leisten kann, muss zum Teil auf Mobilität verzichten, weil oft die passenden Alternativen fehlen. Dabei sind immer mehr Arbeitnehmer*innen gezwungen, weite Wege zwischen Wohnort und Arbeitsplatz auf sich zu nehmen. Um die Belastung des Klimas sowie der Umwelt und Menschen mit Lärm, Dreck und Abgasen zu verringern, wollen wir eine nachhaltige Verkehrsreduzierung vorantreiben."

Begründung:

Die Argumentation, eine Verkehrsreduzierung als oberstes Ziel auszurufen, weil immer mehr Arbeitnehmer*innen gezwungen sind, weite Wege zum Arbeitsplatz zurückzulegen, ist nicht schlüssig. Die Ursache des hohen Verkehrsaufkommens ist im motorisierten Individualverkehr zu finden, dessen Auswüchse maßgeblich auf eine verfehlte Verkehrspolitik der Landesregierung zurückzuführen sind. Die Leidtragenden dieser Politik sollten genannt werden. Schlimmer noch: Durch die fehlenden Alternativen werden Menschen genötigt, zur Verschlechterung ihrer eigenen Lebensqualität beizutragen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.28 Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Nico Brünler und Rico Gebhardt

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügen in Zeile 2183:

DIE LINKE bekennt sich zum Wirtschafts- und Industriestandort Sachsen. Den seit mehreren hundert Jahren andauernden Erfindergeist der Handwerker*innen, Ingenieur*innen und Wissenschaftler*innen wollen wir weiter fördern, um neue innovative Ideen „Made in Saxony“ zu befördern. Unser Ziel ist es, das vorhandene regionale Potenzial zu stärken und auszubauen. Gerade die technologische Revolution in Form künstlicher Intelligenz und der notwendige ökologische Umbau der Industrie erfordert eine klare Ausrichtung und staatliche Begleitung, um einzelwirtschaftlichen Entscheidungen eine Orientierung zu geben.

Begründung:

Führt in das Kapitel „Wirtschaft und Arbeit“ ein, dabei geht es um ein klares Bekenntnis zur sächsischen Industrie im 21. Jahrhundert.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.29 Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: LAG Betrieb & Gewerkschaft, Susanne Schaper

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetzen in Zeile 692f.:

Alt:

„Zusätzlich wächst die Versorgungsqualität mit steigendem Qualifikationsniveau im stationären Bereich und sinkt die Sterblichkeit der Pflegebedürftigen."

Neu:

Mit diesem zusätzlichen Angebot wird die Versorgungsqualität der Pflegebedürftigen im stationären Bereich weiter verbessert.

Begründung:

Die Pflegebedürftigen in den Pflegeeinrichtungen werden immer älter. Das ist gut so. Mit zunehmendem Alter steigt aber auch die Morbidität und somit die Sterbewahrscheinlichkeit (z.B. durch Schlaganfall, Herzinfarkt und altersbedingtes Multiorganversagen).

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.30 Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Torsten Steidten

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügen in Zeile 1076 nach „kostenfrei sein“:

“[...] und die Lehrkräfte an freien Schulen müssen dieselbe Vergütung erhalten wie die Lehrkräfte an staatlichen Schulen”.

Begründung:

Aktuell ist die Vergütung an freien Schulen oft niedriger, was nicht der geleisteten Arbeit Rechnung trägt.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.31 Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Torsten Steidten

Der Parteitag möge beschließen:

Streichung:

Zeilen 1093-1097

Ersetzung in Zeile 1135-1137:

Alt:

„Wir werden den Anteil politischer Bildung erhöhen und den Fachbereich Bildung für Nachhaltige Entwicklung verbindlich in die Lehrpläne schreiben.“

Neu:

“Wir werden den Anteil und den Stellenwert politischer Bildung erhöhen. Anhand aktueller kommunal- und landespolitischer Themen soll das Bewusstsein für kommunale Mitbestimmung geschärft werden. Fahrten zu Gedenkstätten, Museen, Parlamenten etc. müssen für alle Schüler*innen kostenfrei zugänglich sein. Wir werden den Fachbereich Bildung für nachhaltige Entwicklung verbindlich in die Lehrpläne schreiben.”

Begründung:

Zusammenführung der Aussagen zu politischer Bildung an Schulen; Beseitigung einer Dopplung.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.32 Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Torsten Steidten

Der Parteitag möge beschließen:

Streichung

Die Zeilen 1164-1167 werden gestrichen.

Begründung:

Pädagogische Hochschulen (PHn) gibt es in der Bundesrepublik aktuell nur in Baden-Württemberg. An den dortigen PHn findet aber die Ausbildung von Lehrer*innen nur für alle Schularten außer das Gymnasium statt, während die Ausbildung der Gymnasiallehrer*innen wie in den anderen Bundesländern an Universitäten erfolgt. Eine solche Trennung widerspräche der in den Zeilen 1161-1163 zu Recht formulierten Forderung. Wenn wir den Begriff “Pädagogische Hochschulen” ohne Erläuterung verwenden, wie dies in Zeile 1165 geschieht, besteht die Gefahr, dass dies von vielen in der bildungspolitisch interessierten Öffentlichkeit auf das baden-württembergische Modell bezogen wird und nicht wie vermutlich intendiert auf die Pädagogischen Hochschulen in der DDR. Bei der Etablierung eines neuen Hochschultyps wiederum stünde die Frage der bundesweiten Anerkennung von deren Abschlüssen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.33. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Torsten Steidten

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Z. 1283:

In Zeile 1283 wird vor “als Regelfall” eingefügt “nach der Promotion”.

Begründung:

Wenn das Landtagswahlprogramm in einer Wahlperiode umsetzbare Punkte enthalten soll, ist alles andere unrealistisch. Unbefristete Arbeitsverhältnisse nach der Promotion entsprechen auch den Forderungen der Bildungsgewerkschaft GEW.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.34. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Torsten Steidten

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung am Ende von Zeile 1291:

“Wir werden die hochschulspezifischen Einschränkungen im Sächsischen Personalvertretungsgesetz für wissenschaftliche und studentische Beschäftigte streichen.”

Begründung:

Das Sächsische Personalvertretungsgesetz regelt aktuell, dass die Personalräte an Hochschulen für eine Reihe von Tatbeständen nur auf expliziten Antrag der Betroffenen hin mitbestimmen können. Dies schränkt die Möglichkeiten der Personalräte stark ein.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.35. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Torsten Steidten

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 1304 vor „Wir setzen [...]“:

„Wir treten für die Verankerung von Promovierendenvertretungen an den Universitäten und von deren Rechten im Landeshochschulgesetz ein.“

Begründung:

Die bestehenden Promovierendenräte an den Universitäten in Leipzig und Freiberg zeigen, wie wertvoll solche eigenständigen Vertretungen sein können. Bei der Definition von deren Rechten in der Grundordnung der jeweiligen Hochschule kam es jeweils zu Konflikten mit dem Wissenschaftsministerium. Daher sollte, wie in anderen Bundesländern bereits geschehen, eine Regelung im Landeshochschulgesetz erfolgen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.36. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Torsten Steidten

Der Parteitag möge beschließen:

Streichung:

Die Zeilen 1342 und 1343 werden gestrichen.

Begründung:

Dopplung zu den Zeilen 1273-1275

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.37. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Torsten Steidten

Der Parteitag möge beschließen:

In Zeile 1578f. erfolgt eine Ersetzung.

Ersetzung:

In den Zeilen 1578-1579 werden die Worte “Wahlbeteiligung zur letzten Landtagswahl” ersetzt durch das Wort “Wahlberechtigten”.

Begründung:

Warum das notwendige Quorum besonders gering sein soll, wenn es zur letzten Landtagswahl eine niedrige Wahlbeteiligung gab, dürfte schwer zu vermitteln sein.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.38. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: LAG Frieden & Internationale Politik

Der Parteitag möge beschließen:

Nach Zeile 95 erfolgt eine Einfügung:

"Alle unserer gemeinsamen Ziele können wir nur in einem friedlichen Sachsen und einem friedlichen Europa umsetzen und erreichen. Deshalb sprechen wir uns nachdrücklich für eine politische Lösung der Konflikte in Osteuropa und gegen jegliche militärische Eskalationsbestrebungen dort aus."

Begründung:

All unsere Ziele sind nur in einen friedlichen Sachsen und Europa möglich. Sachsen steht als Schnittstelle für die zunehmende Militarisierung in Europa, im Besonderen auch durch seine Grenze zu Polen. Der Flughafen Halle/Leipzig wird weiterhin für militärische Transporte der NATO genutzt.
Die Autobahnen werden für den Transport von militärischer Technik an die Grenze zu Russland genutzt und mit einen hohen Finanzbetrag der EU ausgebaut, um dort ein Drohpotential aufzubauen.
Mit der o.g. Formulierung möchten wir unterstreichen, in einer linken Partei und in ihrer Politik steht die Bewahrung des Friedens im Mittelpunkt und wir werden für eine friedliche und politische Lösung von Konflikten eintreten.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.39. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Antonia Mertsching

Der Parteitag möge beschließen:

In Zeile 2663 bis 2668 erfolgt eine Ersetzung.

alt:

„Wirtschaftsdemokratie in öffentlichen Unternehmen wollen wir deutlich ausbauen auch als Vorbild für die Privatwirtschaft. Öffentliche Beteiligungen in Sachsen müssen transparent gemacht, demokratisch kontrolliert und gesteuert werden. So wollen wir einen sächsischen Subventionsbericht vorlegen und Transparenz bei der Fördermittelvergabe herstellen. Die Gehälter von Beschäftigten in Management- und Geschäftsführungspositionen öffentlicher Unternehmen wollen wir offenlegen und begrenzen.“

neu:

„Wirtschaftsdemokratie in öffentlichen Unternehmen wollen wir deutlich ausbauen, auch als Vorbild für die Privatwirtschaft. Öffentliche Beteiligungen in Sachsen müssen transparent gemacht, demokratisch kontrolliert und gesteuert werden. So wollen wir einen sächsischen Subventionsbericht vorlegen und Transparenz bei der Fördermittelvergabe herstellen. Neben klima- und umweltschädlichen Investitionen wollen wir die Gehälter von Beschäftigten in Management- und Geschäftsführungspositionen öffentlicher Unternehmen offenlegen und begrenzen.“

Begründung:

Öffentliche Gelder erfüllen nicht nur soziale, sondern auch ökologische Vorbildfunktionen; Divestment ist einer der stärksten Hebel, den wir dafür in Sachsen selber direkt haben.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.40. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Antonia Mertsching

Der Parteitag möge beschließen:

In Zeile 1685 bis 1694 erfolgt eine Ersetzung.

alt:

„Wie in allen Bereichen gesellschaftspolitischen Zusammenlebens fordern wir gerade mit Blick auf eine wirklich zukunftsfähige Modernisierung von Verwaltungsstrukturen, dass bindende hohe soziale, gesellschaftliche und ökologische Standards in Vergabeverfahren von Verwaltungen implementiert werden, sodass auch regionale Bieter eine Chance erhalten. Leistungen müssen prinzipiell ohne Kinder- oder Zwangsarbeit erbracht werden, Umwelt- und Fairtrade-Standards wie der Lebenszyklusansatz oder der Energieeinsatz sollen Vergabenormalität werden.
Wir wollen deswegen, dass staatliche Vergabeverfahren in Sachsen die regionale Wertschöpfung stärken, indem über eine wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Gelder und die Herstellung von Wettbewerb hinaus auch sozial-, arbeitsmarkt-, gesellschafts- und umweltpolitische Zielstellungen verwirklicht werden.“

neu:

„Wie in allen Bereichen gesellschaftspolitischen Zusammenlebens fordern wir, gerade mit Blick auf eine wirklich zukunftsfähige Modernisierung von Verwaltungsstrukturen, dass bindende hohe soziale, gesellschaftliche und ökologische Standards in Vergabeverfahren von Verwaltungen implementiert werden. Wir wollen deswegen, dass staatliche Vergabeverfahren in Sachsen die regionale Wertschöpfung stärken, indem über eine wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Gelder und die Herstellung von Wettbewerb hinaus auch sozial-, arbeitsmarkt-, gesellschafts- und umweltpolitische Zielstellungen verwirklicht werden. Leistungen müssen prinzipiell ohne Kinder- oder Zwangsarbeit erbracht werden, Fairtrade- und Umweltstandards wie der Lebenszyklusansatz sollen Vergabenormalität werden.“

Begründung:

Logischer Aufbau, Zusammenfassung von Wiederholungen bzw. logische Zusammenhänge herstellen. Und zudem auch noch leichte Kürzung.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.41. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Antonia Mertsching

Der Parteitag möge beschließen:

In Zeile 2203 bis 2205 erfolgt eine Ersetzung.

alt:

„Wir wollen Markt und Wettbewerb klaren sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen und einer effektiven kartellrechtlichen Kontrolle unterwerfen. Demokratische Wirtschaftsformen wie öffentliches Eigentum und Genossenschaften wollen wir stärken.“

neu:

„Wir wollen Markt und Wettbewerb klaren sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen und einer effektiven kartellrechtlichen Kontrolle unterwerfen. Demokratische Wirtschaftsformen wie öffentliches Eigentum und Genossenschaften wollen wir stärken, ebenso wie internationale, direkte Handelspartnerschaften.“

Begründung:

über den wirtschaftlichen Tellerrand hinausschauen und neue Wege gehen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.42. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Antonia Mertsching

Der Parteitag möge beschließen:

In Zeile 2287 bis 2298 erfolgt eine Ersetzung.

alt:

„Variante 1:
Wir wollen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) zwischen Markt und Staat aufbauen: Gesellschaftlich wertvolle Arbeit, die sich der kapitalistischen Verwertungslogik entzieht, soll durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gefördert werden. So können auch zivilgesellschaftliche Strukturen wie zum Beispiel Beratungsstellen, Frauenzentren, soziokulturelle oder Nachbarschaftszentren gestärkt werden, lokale Vereine und Verbände profitieren davon. Durch die Bündelung der Fördermittel von EU, Bund, Ländern, SGB III und SGB II, ergänzt durch kommunale Mittel und Eigenmittel der Träger wollen wir Menschen in Arbeit bringen, statt sie in den Mühlen der Ämter zu halten. In Sachsen sollten mindestens 10.000 auf Dauer angelegte Arbeitsplätze mit mindestens dreijähriger Beschäftigungsdauer und existenzsicherndem Einkommensniveau entstehen. Dabei soll das Projekt durch regionale Beiräte unter Einbeziehung von Politik, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden überwacht werden.“

neu:

„Variante 1:
Wir wollen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) zwischen Markt und Staat aufbauen: Gesellschaftlich wertvolle Arbeit, die sich der kapitalistischen Verwertungslogik entzieht, soll durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gefördert werden. Durch die Bündelung der Fördermittel von EU, Bund, Ländern, SGB III und SGB II, ergänzt durch kommunale Mittel und Eigenmittel der Träger, wollen wir Menschen in Arbeit bringen, statt sie in den Mühlen der Ämter zu halten. In Sachsen sollten so über 10.000 auf Dauer angelegte Arbeitsplätze mit mindestens dreijähriger Beschäftigungsdauer und existenzsicherndem Einkommensniveau entstehen.
So können auch zivilgesellschaftliche Strukturen wie zum Beispiel Beratungsstellen, Frauenzentren, soziokulturelle oder Nachbarschaftszentren gestärkt werden, lokale Vereine und Verbände profitieren davon.“

Begründung:

Logischer Aufbau - beide Varianten sind echt schwierig zu verstehen und mir kamen Variante 1 und Variante 2 wie zwei völlig unterschiedliche Zielstellungen vor.
„Dabei soll das Projekt durch regionale Beiräte unter Einbeziehung von Politik, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden überwacht werden.“ kann meines Erachtens gestrichen werden.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.43. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Antonia Mertsching

Der Parteitag möge beschließen:

In Zeile 2367 bis 2368 erfolgt eine Ersetzung.

alt:

„Wir werden ein Staatsministerium für Digitalisierung im Freistaat einrichten, welches sich um die Belange der Digitalisierung gebündelt kümmert."

neu:

„Digitalisierung ist ein Prozess, den wir gestalten können und müssen. Aus diesem Grund werden wir ein Staatsministerium für Digitalisierung im Freistaat einrichten, welches sich um die Herausforderungen und Belange der Digitalisierung gebündelt kümmert."

Begründung:

Gerade bei der Digitalisierung dürfen wir nicht weiter so tun als wäre das ein unaufhaltsamer und ungestaltbarer Prozess. Vielmehr ist hier staatliches Handeln (Regulierung, Förderung, Bremsen) und gesellschaftlicher Dialog gefragt.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.44. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Antonia Mertsching

Der Parteitag möge beschließen:

In Zeile 2981 bis 2995 erfolgt eine Streichung.

Alt:

„Sachsen sollte für und mit Regionen in vergleichbarer Lage (z.B. auch gemeinsam mit Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Tschechien, Polen) Pilotprojekte im Übergang von der Braunkohleförderung und -verstromung zu erneuerbaren Energien forcieren, generell in Fragen des Strukturwandels aktiver werden, wissenschaftliches Know-how dafür liefern. Es braucht enormes Forschungspotential, gerade auch in Sachsen, um die in Paris vereinbarten Klimaschutzziele zu erreichen. Es geht um unser aller Lebensgrundlagen, deshalb können wir diese Anforderungen nur gemeinsam mit unseren Nachbarn bewältigen. Die kleinteilige Unternehmensstruktur in Sachsen bietet auch Vorteile und gute Voraussetzungen für Forschung und Innovation. Nicht zuletzt können durch das aktive Angehen der Aufgaben hinsichtlich Energiewende und Klimaschutz hier neue Arbeitsplätze entstehen.

Wir wollen den Strukturwandel sozial gestalten, er kann nur in einer Weise vor sich gehen, dass alle hier lebenden Menschen davon profitieren, sie in sozialer wie kultureller Hinsicht eine Perspektive haben. Wir setzen uns in Sachsen als auch europaweit dafür ein, dass Regionen wie die Lausitz in den Focus der Regional- und Strukturförderung kommen. Dabei geht es um ganzheitliche Konzepte zur Strukturförderung, die stärker auf Gemeinsamkeiten der betroffenen Regionen basieren.“

In Zeile zwischen 2771 und 2773 erfolgt eine Ergänzung.

Neu:

Sachsen sollte für und mit Regionen in vergleichbarer Lage (z.B. auch gemeinsam mit Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Tschechien, Polen) Pilotprojekte im Übergang von der Braunkohleförderung und -verstromung zu erneuerbaren Energien forcieren, generell in Fragen des Strukturwandels aktiver werden, wissenschaftliches Know-How dafür liefern. Es braucht enormes Forschungspotential, gerade auch in Sachsen, um die in Paris vereinbarten Klimaschutzziele zu erreichen. Es geht um unser aller Lebensgrundlagen, deshalb können wir diese Anforderungen nur gemeinsam mit unseren Nachbar*innen bewältigen. Die kleinteilige Unternehmensstruktur in Sachsen bietet auch Vorteile und gute Voraussetzungen für

Forschung und Innovation. Nicht zuletzt können durch das aktive Angehen der Aufgaben hinsichtlich Energiewende und Klimaschutz hier neue Arbeitsplätze entstehen.

Begründung:

Thema ist schon unter 2739 3.6.1.1 Strukturwandel und Energiewende behandelt und schafft im Europa-Kapitel keinen Mehrwert - vielmehr wundert sich die Leserin, was die Lausitz und der Kohleausstieg hier auf einmal machen. Deswegen Verschieben des Absatzes hin zu Strukturwandel und Energiewende + insgesamte Kürzung des Textes.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.45. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Paul Furkert, Katharina Hanser

Der Parteitag möge beschließen:

In Zeile 453 bis 3068 erfolgt eine Ersetzung.

Alt:

LGBTTIQ*

Neu:

LGBTTIQA*

Begründung:

Das asexuelle Spektrum wird hierzulande, wenn überhaupt, nur als Randphänomen wahrgenommen. Vielfach resultiert ein gegen diese Personen gerichtetes Verhalten aus einer sexnormativen Gesellschaft und fehlender Sensibilisierung, da bereits die bloße Existenz dieser Personengruppe in Frage gestellt wird. Trotz zunehmender medizinisch-akademischer Untersuchungen, die eine Pathologisierung verurteilen, fehlt eine politische und gesellschaftliche Anerkennung. Die Berichterstattung über das asexuelle Spektrum fällt, trotz spürbarer Verbesserung, immer noch unter die Kategorien Abstruses, Seltsames oder Unnatürliches, von Fehlinformationen ganz abgesehen. Leider werden auch innerhalb von LGBTTIQ* Gruppen und Organisationen asexuelle Personen nicht grundsätzlich anerkannt bzw. dazugerechnet, was die Sichtbarmachung und Vernetzung zusätzlich erschwert. Die im Wahlprogramm benutzte Abkürzung LGBTTIQ* ignoriert 1% der Gesellschaft. Damit das aufhört, wollen wir zusammen mit der AVEN-Community einen Schritt nach vorne wagen. Ein A mehr wäre da sicher ein guter Anfang.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.46. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Antje Feiks, Sabine Pester, René Jalaß

Der Parteitag möge beschließen:

In Zeile 1537 bis 1567 erfolgt eine Ersetzung.

Neu:

3.3.10. Medien und neue Medien

Wir leben in einer Zeit, in der sich Printmedien, Rundfunk- und Fernsehen immer weiter annähern. Die Nutzung von Medien spielt in allen Bevölkerungsgruppen eine zunehmende Rolle und greift in alle Lebensbereiche ein. Deshalb wollen wir, dass die Alltagsfunktion von Medien, die Rolle von Medien und Notwendigkeit zur Erlangung von Medienkompetenz stärker diskutiert wird. Auch vor dem Hintergrund, was notwendig ist, um Medienvielfalt und Qualität der Medien sicherzustellen, gleichermaßen aber auch ein Bewusstsein bei allen schaffen, welche Rolle Medien in unserer Gesellschaft spielen, was sie auszeichnet und was sie in einer sich verändernden Medienlandschaft leisten müssen.
Regelmäßig gibt es gesellschaftliche Debatten zu Medien, sei es der Rundfunkbeitrag, die Rolle Öffentlicher und privater Anbieter oder auch die Skandale der Sächsischen Landesmedienanstalt. Diese Diskussionen sind politisch in der Form zu begleiten, dass Kritikpunkte wie z.B. Intransparenz aufgenommen werden und aber auch über den Wert von journalistischer Tätigkeit andererseits diskutiert wird. Ein qualitativ hochwertige Medienlandschaft ist nicht kostenfrei zu haben.

3.3.10.1 Demokratie, Medien - die Stärkung der Rolle von Öffentlich - Rechtlichen

Medien sind eine wesentliche Säule unserer Demokratie. Presse, Radio und Fernsehen aber auch die neuen Onlinemedien leisten wesentliche Beiträge zur öffentlichen Meinungs- und Willensbildung.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist dabei eine der wichtigsten Institutionen der öffentlichen Daseinsvorsorge auf kulturellem Gebiet. Ebenso wie öffentliche Theater, Orchester, Museen und andere Kultur- bzw. soziokulturellen Einrichtungen dient er nicht nur einer minimalistischen „Grundversorgung“, sondern hat einen umfassenden Informations-, Bildungs-, Beratungs- und Kulturauftrag.

Dazu gehören vollständige, wahrheitsgemäße und der Komplexität des Gegenstands angemessene Informationen und Berichte, ein investigativer politischer Journalismus, aber

auch aufwändigere Spielfilmproduktionen, Unterhaltungssendungen und Liveübertragungen von Sportereignissen. Die Verdrängung wichtiger Teile davon in die privaten Medien bzw. hinter Bezahlschranken ist für uns keine Alternative und auch nicht die Zukunft von Medien. Wir wollen deshalb für die Öffentlich-Rechtlichen das Recht auf kostenlose Kurzberichterstattung von allen gesellschaftlich relevanten Ereignissen, insbesondere auch im Sport, einführen. Weiterhin setzen wir uns auch bei angebotener Unterhaltung für öffentlich-rechtlichen Qualitätsmaßstäbe ein, um eine Objektivierung in der Debatte rund um Medien sicherzustellen.

Die neuen Medien sollen dazu genutzt werden, die Informationsvielfalt sowie das kulturelle Angebot auszubauen. Regelungen, wie zur Presseähnlichkeit im Internet, unnütze Vorgaben wie die Drei-Stufen-Tests für Telemedienangebote wollen wir abschaffen.

Die Vielfalt des Angebots muss sich auch im Fernsehen in allen Sendezeiten, wie z.B. am Hauptabend, widerspiegeln. Der exorbitante Anteil von Krimiformaten im ERSTEN und ZWEITEN zur Hauptsendezeit ist zugunsten von mehr Vielfalt zu reduzieren. Kurzfilm, Animationsfilm, Dokumentarfilm wie auch politische Investigation müssen am Hauptabend regelmäßige Sendeplätze haben.

Aufgabe der Sender ist es, in der Gesellschaft eine hohe Akzeptanz anzustreben. Wichtig ist, dass sie möglichst vielen der Beitragszahler*innen mehrmals in der Woche mit ihren Angeboten erreichen. Um Qualität zu sichern, sollen sie regelmäßig untersuchen, ob und wie sie ihren gesetzlichen sowie gesellschaftlichen Auftrag erfüllen. Neben der Quotenerfassung, Nutzerbefragungen und Glaubwürdigkeitsbefragungen müssen alle Angebote auch regelmäßig internen sowie externen Qualitätsevaluierungen unterzogen werden, wie auch der Umgang mit den freien Programmmacher*innen sowie Produzent*innen auf den Prüfstand zu stellen ist.

Da Hör- und Sehgewohnheiten insbesondere in der Kindheit gebildet werden, muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine trimedialen Angebote für Kinder stark erweitern.

Öffentlicher-Rechtlicher Rundfunk muss für alle Menschen nutzbar sein. Deshalb ist das Angebot von Sendungen mit Untertiteln und Gebärdensprache massiv auszubauen.

Die Transparenz ist auszubauen. Die Darstellungen der Sender sollten miteinander vergleichbar sein. Ombudsstellen sowie Publikumsräte wollen wir zum Standard entwickeln.

3.3.10.2 Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Wir wollen die solidarische Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beibehalten. Allerdings sollten Gruppen wie z.B. Geringverdiener*innen, Transferleistungsbezieher*innen vom Rundfunkbeitrag befreit werden. Der Nachteilsausgleich der Rundfunkbeitragsbefreiung für Menschen mit Behinderungen ist entsprechend der im Rundfunkgebührenstaatsvertrag enthaltenen Regelung wieder einzuführen.

Das bisherige Verfahren zur Ermittlung der Höhe des Rundfunkbeitrags garantiert, dass die Finanzierung dem Auftrag folgt. Die Höhe des Rundfunkbeitrags darf nicht durch

medienpolitische Erwägungen bestimmt sein. Einen Eingriff in die Programmgestaltung durch Politik darf es nicht geben.
Es ist und bleibt Aufgabe der Medienpolitik, im Besonderen der Landesregierungen und Bundesregierung, Auftrag und Struktur der Sender zu definieren. Wie der Auftrag umgesetzt wird, obliegt den Sendern.
Genauso kann Medienpolitik beschließen, die Sender von Kosten zu entlasten. So könnte man große Beträge einsparen, wenn die Sender z.B. nicht mehr für die Einspeisung ihrer Programme an Kabelnetzbetreiber zahlen müssten sowie die sozialen Befreiungskosten nicht durch die anderen Beitragszahlerinnen und -zahler, sondern durch den Staat zu tragen sind. Allein dadurch könnte der Beitrag um ca. 1,30 je Monat sinken.

Der Fokus der Medienpolitik muss größer werden. Medienpolitik muss neben den Rundfunkunternehmen alle Medienmärkte betrachten, über die Unternehmen auf die öffentliche Meinungs- und Willensbildung relevanten Einfluss nehmen. (Plattformbetreiber, soziale Netzwerke etc.)

3.3.10.3 Transparente, staatsferne und zeitgemäße Strukturen im MDR Rundfunkrat

Wir wollen eine zeitnahe Novellierung des MDR-Rundfunkstaatsvertrags an. Die Gremien müssen staatsfern zusammengesetzt sein, in ihnen müssen weitere gesellschaftliche relevanten Gruppen, wie z.B. Behindertenverbände, Verbraucherschutzverbände, NGOs und Minderheiten einen Platz haben. Insbesondere die Rechte des Rundfunkrats sind mit der Novelle auszubauen. Mindestens die Hälfte der Mitglieder in Verwaltungsrat bzw. Rundfunkrat müssen Frauen sein.
Die Transparenz des Senders ist weiterzuentwickeln.
Die Möglichkeiten des Internets soll der MDR umfassend nutzen können. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht auch in der Verantwortung zur Wiederspiegelung tatsächlicher gesellschaftlicher Verhältnisse.
Im Programm des MDR wollen wir deshalb u.a. die Sichtbarkeit von Frauen und LGBTTIQ* erhöhen und die Darstellung stereotyper Rollenbilder mindern.
Um die innere Rundfunkfreiheit zu stärken, sind Redakteursbeiräte einzuführen. Die fest-freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen über den Personalrat mit vertreten werden können.

3.3.10.4 Medienaufsicht für privat-kommerzielle Anbieter (SLM) neu strukturieren

In Sachsen gibt es im Bereich der Medienaufsicht für die privat-kommerziellen Anbieter mit der Sächsischen Landesmedienanstalt (SLM) eine in Deutschland einmalige Konstruktion. Neben einem starken Medienrat gibt es eine weitgehend machtlose Versammlung sowie einen Geschäftsführer.
Als die aus gesellschaftlichen Gruppen plural zusammengesetzte Versammlung im Frühjahr 2019 bei der Besetzung des Geschäftsführerposten ihre Eigenständigkeit zeigte, führte das aufgrund der gegenwärtigen Konstruktion und Besetzung der Organe zur Handlungsunfähigkeit der SLM.
Wir werden deshalb innerhalb einer Gesetzesnovelle die Versammlung in ihren Rechten wesentlich aufzuwerten und weiteren gesellschaftlich-relevanten Gruppen einen Platz in ihr zuzuteilen. Der Medienrat wird aufgelöst.

Wir werden darauf achten, dass die SLM ihren Aufgaben angemessen ausgestattet ist, kritisieren aber den unsachgemäßen Umgang mit Gebührenmitteln in der Vergangenheit.

3.3.10.5 Freie Radios, lokales Fernsehen, Kinos - Vielfalt erhalten und stärken

Für uns sind nichtkommerzielle Freie Radios und lokale Fernsehprogramme wichtige Bestandteile der Medienlandschaft. Wir wollen sie erhalten und insbesondere nichtkommerzielle Angebote künftig aus Mitteln der Sächsischen Landesmedienanstalt und aus Landesmitteln fördern. In jedem Landkreis sollte es mindestens ein solches nichtkommerzielles, trimediales Angebot geben.

Die Medienförderung durch die Mitteldeutsche Medienförderung (MDM) sollte weiter profiliert werden. Die Finanzierung durch den Freistaat ist zu erhöhen. Diese Mittel sollten vor allem dazu dienen, die Profilierung der Region im Bereich des Kinder- und Animationsfilms zu befördern sowie die Entwicklungsförderung auszubauen. Die MDM muss bei der Vergabe darauf achten, dass die Produzentinnen und Produzenten soziale und ökologische Standards bei der Produktion berücksichtigen.

Das Kino muss als Kulturort wesentlich und vor allem in der Fläche gestärkt werden. Wir wollen, dass es in fünf Jahren in jeder Kommune ab 5.000 Einwohner*innen die Möglichkeit gibt, regelmäßig Kinofilme zu sehen.

Allgemein ist der Lokaljournalismus stärker zu fördern. Schließlich leistet dieser einen wesentlichen Beitrag für die öffentliche Meinungs- und Willensbildung und dient damit auch der Demokratie. Wenn Lokaljournalismus wegbricht, gibt es weniger Kontrolle was Politik und Unternehmen vor Ort machen. Dem ist entgegenzuwirken.

3.3.10.6 Medien und Bildung - Kritische Mediennutzung für alle!

Medienkompetenz umfasst Fähigkeiten des kritischen Konsums, des zielgerichteten Einsatzes und der Weiterentwicklung von Medien, der Interaktion mit ihnen, die rechtssichere Schaffung von Medieninhalten sowie ihre algorithmische Zusammenstellung verstehen zu können. Sich in der Welt elektronischer Medien selbstbestimmt zu orientieren und den Umgang mit den sich daraus ergebenden Möglichkeiten an Information und Teilhabe, aber auch den möglichen Gefahren zu erlernen, gehört zu den Grundvoraussetzungen für Selbstbestimmung und Einmischung in einer demokratischen und digitalisierten Gesellschaft. Damit freie Strukturen des Netzes nicht blindlings angegriffen und zerstört werden, braucht es flächendeckende medienpädagogische Angebote. So können wir Jugendmedienschutz am effektivsten garantieren. „Law and Order“ ist auch hier nicht alternativlos.

Wir werden eine Offensive auf dem Gebiet der Medienbildung starten. Diese soll sich nicht nur an Kinder und Jugendliche, sondern auch an Eltern und Pädagog*innen richten. An die Stelle des „Abschirmens vor schädlichen Einflüssen" muss mehr und mehr das Erlernen eines selbstbewussten und kompetenten Umgangs mit allen Medieninhalten treten. Wir werden medienpädagogische Projekte an Schulen ausreichend finanzieren. Medienbildung ist für uns Querschnittsaufgabe aller Bildungseinrichtungen, aber auch außerschulischer Bildungsangebote. Medien sollen nicht neben dem pädagogischen Alltag existieren, sondern müssen inhaltlich und methodisch integraler Bestandteil von Unterricht sein. Wir wollen dafür

eine Offensive bei der entsprechenden Aus- und Weiterbildung von Pädagog*innen anstrengen und sicherstellen, dass es an allen Schulen Medienpädagog*innen gibt, die mit entsprechenden Konzepten und Methoden neue Technik, aber auch die Nutzung von elektronischen Endgeräten in den Unterrichtsalltag integrieren. Weiterhin sollen sie in den verschiedenen Fächern einen sensiblen und kritischen Umgang mit Medien schulen, insbesondere zur Vermittlung von Kompetenzen in den Bereichen Datenschutz und Datensicherheit.

Voraussetzung für den kompetenten Umgang mit und in Medien ist der Zugang zum Internet. Deshalb braucht Medienbildung die Überwindung der digitalen Spaltung. Leistungsfähige Netzanschlüsse müssen auch dort vorhanden sein, wo es sich für Telekommunikationskonzerne nicht lohnt. Netzfähige Endgeräte müssen zum Existenzminimum gehören. Schülerinnen und Schüler müssen die Möglichkeit haben, Computer täglich genauso zu verwenden wie Schreibheft und Schulbücher. Dabei kann bspw. mithilfe von Leihgeräten sichergestellt werden, dass in den Bildungseinrichtungen alle am Angebot partizipieren können und der finanzielle Aufwand für Einzelne kein Ausschlusskriterium ist.

Zur Sicherstellung der nötigen Administration und Pflege der IT-Strukturen soll den Bildungseinrichtungen entsprechendes Fachpersonal zur Verfügung stehen. Bildungsmaterialien sollen dabei frei zur Verfügung und auch der Einsatz nicht-propietärer Software soll im Fokus stehen. Aufgabe von Bildung ist es nicht, Wirtschaftsinteressen zu bedienen, wenn statt teurer Lizenzen und Abhängigkeiten von Einzelanbietern auch Open-Source-Lösungen zum Ziel führen.

Zudem muss Medienbildung neben der Schule Eingang finden in die Aus- und Weiterbildung, in Betriebe, öffentliche Bildungseinrichtungen und Hochschulen. Dabei ist schon bei der Entwicklung der Medienbildungsangebote auf die Verzahnung von Technik und Inhalt zu achten.

Wir wollen alle Menschen in Sachsen im selbstbewussten Umgang mit ihren persönlichen Daten und dem Schutz ihres Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung unterstützen. Sie sollen aber auch selbst am Prozess medialer Öffentlichkeit teilhaben können. Klassische Bürgermedien und Offene Kanäle, wie beispielsweise Freie Radios, sind Orte, an denen aktive Medienkompetenz erprobt und vermittelt wird. Sie alle sind potenzielle Quellen kritischer Gegenöffentlichkeit. Damit Medienkompetenz aller Altersgruppen erreicht, möchten wir Angebote der Zivilgesellschaft und außerschulische Bildungsangebote fördern und staatliche Akteur*innen, wie bspw. die Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien oder die/den Sächsische*n Datenschutzbeauftragte*n bei dieser Aufgabe angemessen unterstützen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.47 Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Luise Neuhaus-Wartenberg, Susanne Schaper, Rico Gebhardt

---

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung des folgenden neuen Kapitel ins Landeswahlprogramm:

Ostdeutsche Arbeits- und Lebensleistungen anerkennen

Fast 30 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD sind immer noch erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West sowie rechtliche Benachteiligungen der Menschen, die Erwerbsbiografien in der DDR haben oder heute in Ostdeutschland leben, festzustellen: z.B. bei der Rente, bei den Einkommen, bei der Berücksichtigung in leitenden Funktionen von Behörden, Gerichten, Unternehmen und Hochschulen sowie bei der Verteilung von Vermögen.

Die nach wie vor festzustellenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fehlentwicklungen in den ostdeutschen Ländern haben ihre Ursache sowohl in den grundsätzlichen Weichenstellungen für die deutsche Einheit, die mit dem Einigungsvertrag im Jahre 1990 getroffen worden sind, als auch in den seither unaufgearbeiteten sowie ungelöst gebliebenen ökonomischen, rechtlichen und politischen Versäumnissen. Hinzu kommen die Verletzungen bzw. die Nichtumsetzung von Bestimmungen des Einigungsvertrages zum Nachteil der Menschen, die in der DDR wirksame Rechts- und Eigentumspositionen, fachliche Qualifikationen und Rentenansprüche erworben hatten.

Das Fundament für die Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft, in der alle, ob in Ost oder West gleich gut und sozial sicher leben können, setzt die Beseitigung immer noch bestehender Benachteiligungen zwingend voraus.

Wir wollen Strukturen schaffen und unterstützen, insbesondere wirtschaftliche. Der Aufbau und Ausbau dieser Strukturen gehen nur gemeinsam. Dabei sollten altbewährte Praxis und innovative Ideen zu einer selbstbewussten Gestaltung dieser Struktur führen.

Wenn der Osten und insbesondere Sachsen Testfeld für neoliberale Politik gewesen ist, ist es Zeit, neue, andere Konzepte des Gemeinwohls zu probieren. Es braucht demnach andere Steuerungsmöglichkeiten, eine komplett andere Art von Wissen und Wissensvermittlung und eine neue Idee von Zukunft.

Bei all dem kommt es vor allem auf die neue Generation an, die besagten anderen Blick auf den vergangenen und zukünftigen Osten hat. Deswegen ist es höchste Zeit dem Einigungsvertrag entsprechend konkrete Taten und Maßnahmen folgen zu lassen, um endlich und tatsächlich gleichwertige Lebensverhältnisse in West und Ost sowie in Stadt und Land zu

schaffen. Das stärkt das für die Zukunft notwendige Vertrauen in einen handlungsfähigen/-willigen sozialen Rechtsstaat und in eine demokratische Politik

Treuhand

Für viele Ostdeutsche ist die Treuhandanstalt bis zum heutigen Tage mit einschneidenden und prägenden biografischen Verlusterfahrungen und erlittenen Enttäuschungen mit Blick auf die freiheitliche Demokratie und die soziale Marktwirtschaft verbunden. Die selbst erfahrenen Ungerechtigkeiten der Treuhandgesellschaft im Umgang mit den volkseigenen Betrieben der DDR und deren Beschäftigten, prägt für viele Ostdeutsche bis heute ihr Bild von der Wiedervereinigung Deutschlands als Ausverkauf des Ostens. Auch und gerade in Hinblick auf den sozialen Frieden und Zusammenhalt in Sachsen muss das Treuhandunrecht aufgearbeitet werden.

Unser Ziel ist gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat auf die zeitnahe Einsetzung einer mit ausgewiesenem externen wissenschaftlichen Sachverstand besetzten Kommission zur Untersuchung und Bewertung der Aktivitäten der Treuhandanstalt und der späteren Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) hinzuwirken. Dazu ist sicherzustellen, dass die dafür erforderlichen Akten und Unterlagen der Treuhandanstalt und der BvS auch weiterhin nach Ablauf der gesetzlichen Verschlussfristen vollständig gesichert und der Öffentlichkeit sowie Wissenschaft und Forschung rückhaltlos zugänglich gemacht werden.

DDR-Zusatzrenten

Wir wollen die längst überfällige Entlastung der Haushalte der ostdeutschen Bundesländer von den seit Jahren von ihnen zu tragenden Aufwendungen für die Zahlung von DDR-Renten und Sonderrenten durch Übernahme dieser Zahlungen durch den Bund bzw. mindestens der Veränderung der derzeit gelten Regelung von 60:40 Prozent der Kosten von Ländern und Bund umkehren zu 40:60 Prozent.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.48 Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Rico Gebhardt, Susanne Schaper

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetze Zeile 380 – 382.

Alt:
„Die Ostrenten müssen vor 2025 an die des Westens angeglichen werden. Dass 30 Jahre nach der Deutschen Einheit immer noch Unterschiede bestehen, ist nicht hinnehmbar."

Neu:
„Die Leistungen der Ostrentner*innen müssen anerkannt werden! Wir kämpfen für die Beendigung der fortbestehenden Benachteiligung der Ostrentner*innen bei der Rentenberechnung und für die unverzügliche Angleichung der Rentenwerte Ost an die Rentenwerte West. Unser Ziel ist, die unverändert fortbestehenden, diskriminierenden Wirkungen des Rentenüberleitungsgesetzes und des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes für die betroffenen Ostrentner*innen aufzuheben. Dabei geht es um den Respekt vor den von Ostdeutschen – über zum Teil einschneidende gesellschaftliche und persönliche Umbrüche hinweg – erbrachten Lebensleistungen."

Begründung:

Leider etwas länger, dafür aber konkreter in der Aussage.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.49. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Rico Gebhardt

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 769.

Alt:
„Wir werden überregionale Radschnellwege sowie Radstationen und überdachte Radabstellanlagen an allen Bahnhöfen und Haltepunkten fördern."

Neu:
„Wir werden überregionale Radschnellwege sowie Radstationen und überdachte Radabstellanlagen an allen Bahnhöfen und Haltepunkten schaffen, dazu gründen wir eine Landesgesellschaft Radwegebau."

Begründung:

Bisher sind die Planung und der Bau von Radwegen an Bundes- und Staatsstraßen Aufgabe des sächsischen Landesamtes für Straßenbau und Verkehr. Hier fristen der Radwegbau und die Planung eher ein Schattendasein. Es geht darum Kräfte zu bündeln, Kompetenzen zu konzentrieren, daher erscheint uns eine eigenständige Gesellschaft für sinnvoll.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.50. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Rico Gebhardt

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung nach Zeile 2566.

„Wir wollen, dass die Anbindung des Mulderadweg (Freiberg – Zwickau), des Spreeradweg (Bautzen), und des Oder-Neiße-Radweg (Görlitz – Zittau) an den Eisenbahnfernverkehr erfolgt, um eine bessere touristische Erreichbarkeit zu gewährleisten.“

Begründung:

Selbsterklärend.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.51. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Caren Lay, Antje Feiks, Juliane Nagel, Luise Neuhaus-Wartenberg, Rico Gebhardt, Marco Böhme, Maximilian Becker, Bruno Rössel

---

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung nach Zeile 858.

Alt:
„Wir wollen mehr Investitionen in sozialen Wohnungsbau, Erhaltungssatzungen für Milieuschutz in Wohngebieten, niedrigere Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen und stärkeres Mitspracherecht der Bürger*innen gegenüber Investor*innen."

Neu:
„In Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten brauchen wir einen sächsischen Mietendeckel. Weiterhin wollen wir mehr Investitionen in sozialen Wohnungsbau, Erhaltungssatzungen für Milieuschutz in Wohngebieten, niedrigere Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen und stärkeres Mitspracherecht der Bürger*innen gegenüber Investor*innen."

Begründung:

In Berlin, Hamburg und Hessen gibt es bereits entsprechende Initiativen der jeweiligen Linksfraktionen. Angesichts der dramatischen Mietsteigerungen in Leipzig und Dresden sollten wir auch in Sachsen eine Debatte über die Deckelung der Mieten führen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A.	**Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages**
A.1.	**Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.**
ÄA.1.52.	**Änderungsantrag zu A.1.**
Einreicher*in:	Caren Lay, Antje Feiks, Juliane Nagel, Luise Neuhaus-Wartenberg, Rico Gebhardt, Marco Böhme, Maximilian Becker, Bruno Rössel

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 869.

„Zudem werden wir eine landeseigene Wohnungsgesellschaft gründen, die in den Ballungsgebieten sozialen Wohnraum dauerhaft zur Verfügung stellt.“

Begründung:

In Bayern wurde eine solche Gesellschaft bereits gegründet und auch die Thüringer Landesregierung plant die Gründung einer landeseigenen Wohnungsgesellschaft. Dadurch kann das Angebot an bezahlbaren Wohnungen gezielt und unter Aufsicht des Landes ausgebaut werden.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.53. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Caren Lay, Antje Feiks, Juliane Nagel, Luise Neuhaus-Wartenberg, Rico Gebhardt, Marco Böhme, Maximilian Becker, Bruno Rössel

---

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 897 - 900.

Alt:
„Dazu gehören insbesondere die Ausschöpfung der Mittel der Mietpreisbremse, der Kappungsgrenze sowie ein Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum, das verhindert, dass Wohnungen abgerissen oder in Gewerberäume oder Ferienwohnungen umgewandelt werden.“

Neu:
„Dazu gehören insbesondere die Einführung eines sächsischen Mietendeckels in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten, die Ausschöpfung der Mittel der Kappungsgrenze sowie ein Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum, das verhindert, dass Wohnungen abgerissen oder in Gewerberäume oder Ferienwohnungen umgewandelt werden.“

Begründung:

Der Mietendeckel ist ein wesentlich stärkeres Instrument als die Mietpreisbremse und ersetzt dieses weitgehend wirkungslose Instrument. Berlin plant unter der LINKEN Bausenatorin Lompscher erstmals die Einführung eines solchen Mietendeckels.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.54. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Caren Lay, Antje Feiks, Juliane Nagel, Luise Neuhaus-Wartenberg, Rico Gebhardt, Marco Böhme, Maximilian Becker, Bruno Rössel

---

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 915.

„Auch in Sachsen gewinnen börsennotierte Wohnungskonzerne immer mehr Einfluss. Insbesondere Vonovia hat enorme Bestände in Dresden und Leipzig. Wir werden diese Konzerne in die Schranken weisen und streben eine Vergesellschaftung ihrer Wohnungsbestände an. Wohnungen sind keine Ware. Mit ihnen darf nicht an der Börse spekuliert werden.“

Begründung:

Nach dem erfolgreichen Verlauf des Volksbegehrens in Berlin sollten wir als LINKE auch in Sachsen ein solches Mittel anstreben.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.55. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Katharina Hanser (Koordinatorin LAG Netzpolitik & Gaming)

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung eines neuen Kapitels 3.4.4. in Zeile 1853.

3.4.4. Eine linke Netzpolitik mit Zukunft
Das Informationszeitalter und die Digitalisierung sind allgegenwärtig und greifen in jeden Lebensbereich ein. Das Netz ist der Boden der Informationsgesellschaft und dort müssen Grund- und Freiheitsrechte im digitalen Raum erhalten, verteidigt, geschützt und ausgebaut werden – für eine offene und freie Netzgemeinschaft. Wir sehen die Netzbürger*innen als Souverän und sind gegen Zensur, Netzsperren, Reglementierung, Überwachung und anhaltslose Datenspeicherung durch Behörden und Unternehmen. Linke Netzpolitik bedeutet für uns eine Förderung zu mündigen, selbstbestimmten Bürger*innen im digitalen Raum. Die gleichberechtigte Nutzung von Infrastrukturen und den freien Zugang dazu, sehen wir als unabdingbare Grundsätze, die es einzuhalten gilt. Wir setzen uns für Green IT, Dezentralisierung statt Monopolisierung, freie Wissenszugänge, kreative Entfaltung, direkte Demokratie und Teilhabe ein. Wir wollen das Netz als Raum für gesellschaftliche Innovation schützen und erhalten.

3.4.4.1. Für eine offene und freie Netzgemeinschaft
Vorratsdatenspeicherung und massenhafte Überwachung verhindern keine Kriminalität oder gesellschaftliche und soziale Konflikte, diese gab es bereits ohne das Internet. Wir sehen eine digitale Zukunft nur in einer offenen und freien Netzgemeinschaft. Die Souveränität, die Anonymität und der Schutz des Individuums sowie die gleichzeitige Förderung von öffentlichen Informationen und Mitbestimmung für Bürger*innen sind die Säulen, auf denen wir aufbauen wollen. Wir sind gegen den Einkauf und die Ausnutzung von Sicherheitslücken sowie Einschränkungen von Freiheits- und Verbraucherrechten. Die Aufdeckung von Missständen, Korruption und Datenskandalen dürfen nicht bestraft und geächtet werden. Der digitale Raum ist privater und gleichzeitig öffentlicher Lebensraum und muss den Menschen Schutz und Informationen bieten.

3.4.4.2. Infrastruktur, Netzneutralität, Open Data und Open Access
Das Netz ist eine gemeinsam genutzte Infrastruktur und der freie Zugang dazu ein Grundrecht. Fehlt der Zugang, dann erfolgt bereits die Beschneidung in den Freiheiten und Möglichkeiten des Individuums. In den Bereichen Forschung und Wissenschaft sind verfügbare Informationen die Basis für Innovation und Fortschritt. Daher sind für uns Informationsbeschaffung und gleichgestellte Teilhabe im digitalen Raum die Grundpfeiler einer linken Netzpolitik. Wir sind für Netzneutralität - im digitalen Raum darf es keine Klassengesellschaft oder Benachteiligung geben. Ein nachhaltiger Ausbau der digitalen Infrastruktur muss durch Land und Kommunen erfolgen. Wir fordern und fördern die Nutzung offener Standards, Open Data, Open Access, die Einhaltung von Nutzerrechten und den Schutz von Nutzerdaten. Der Einstieg und die Nutzung von Technologien müssen anwenderfreundlich,

leicht zugänglich und sicher gestaltet sein. Staatliche und private Institutionen müssen dabei vorbildhaft fungieren. Nutzer und Verbraucher sind nur begrenzt für den persönlichen digitalen Schutz verantwortlich.

3.4.4.3. Grundrechte schützen, kostenlose Angebote schaffen und Potentiale nutzen
Automatisierung, Künstliche Intelligenz, Robotik, die Globalisierung von Geld- und Warenströmen – all das verändert nicht nur Wirtschaft und Arbeit, die Digitalisierung greift in alle Bereiche des Lebens ein. Immaterielle Güter folgen anderen Marktregeln und die Rahmenbedingungen dafür müssen abgeschätzt und evaluiert werden. Wir wollen kostenlose Angebote im Netz erhalten und fördern. Die Auswirkungen von Technologien und Umbrüchen sind in einer vernetzten Welt unberechenbarer und weitreichender. Gesetzgebungen, Reglementierungen, Technologien und Dienste können erhebliche Aus- und Nachwirkungen haben und müssen hinsichtlich ihrer Folgen für Grund- und Freiheitsrechte klar abschätzbar sein. Mit einem Staatsministerium und eine Enquete-Kommission für Digitalisierung wollen wir versuchen uns den Herausforderungen zu stellen und diese auf einem demokratischen und nachhaltigen Wege zu lösen.

Begründung:

Es ist ein politisches Schlüsseljahr, und nicht nur unsere Zukunft, auch unsere Gegenwart entscheidet sich bereits jetzt im digitalen Raum. DIE LINKE. Sachsen muss endlich ein netzpolitisches Profil aufweisen und damit Netzaktivist*innen, Netzsymphatisant*innen, Gamer*innen und Pirat*innen eine politische Heimat bieten. Dies geht Hand in Hand mit einer qualifizierten Digitalisierung und dem Schaffen eines Staatsministeriums und eine Enquetekommission für Digitalisierung.

Wir sind plural und basisdemokratisch auf- und eingestellt und sollten den Mut haben eine digitale Zukunft zu skizzieren, denn das Wesen des digitalen Raums entspricht genau unseren linken Grundsätzen: freiheitlich, demokratisch, gleichgestellt, wahrhaftig.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.56. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Katharina Hanser (Koordinatorin LAG Netzpolitik & Gaming)

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Kapitelüberschrift in Zeile 29.

Alt:
„3.4 Demokratie, mitbestimmte Politik und Verwaltung“

Neu:
„3.4 Demokratie, mitbestimmte Politik, Netzpolitik und Verwaltung“

Begründung:

Selbsterklärend bei Übernahme des Kapitels Netzpolitik.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.57. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Osmani Aldama, Klaus Bartl, Thomas Michaelis, Sören Pellmann, Susanne Schaper

---

Der Parteitag möge beschließen:

Streichung in Zeile 2800 - 2807.

„Wir wollen für die Lausitz im Rahmen des Strukturwandelprozesses das Pilotprojekt eines personell, räumlich und zeitlich begrenzten Grundeinkommens starten. Damit wollen wir – insbesondere im Kultur- und Bildungsbereich – eine zusätzliche Chance eröffnen, auch ungewöhnliche Ideen auszuprobieren und zur Projektreife zu führen. Gleichzeitig leisten wir dadurch einen Beitrag für die gesamtgesellschaftliche Debatte zum Bedingungslosen Grundeinkommen und zur Gewinnung von konkreten Erkenntnissen über Auswirkungen auf soziale Strukturwandelprozesse sowie auf bestehende Sozialsysteme.“

Begründung:

Durch die personelle, räumliche und zeitliche Begrenzung des Grundeinkommens werden Personengruppen in Sachsen von einem solchen ausgeschlossen, die nicht weniger unter dem unwürdigen Hartz-IV-System leiden als Menschen, die von dem Strukturwandel in der Lausitz betroffen sind. Ziel müsse es vielmehr sein, den Menschen echte Perspektiven für die Zukunft der Lausitz zu bieten. Ein Bedingungsloses Grundeinkommen stärkt zwar das individuelle Wohlbefinden der Betroffenen, führt ihnen aber gleichzeitig vor Augen, dass wir als LINKE keine Antwort auf die Digitalisierung, den Strukturwandel und damit verbundene Zunahme der Arbeitslosigkeit haben.

Zudem gilt zu bedenken, dass unter den jetzigen gesetzlichen Voraussetzungen ein Modellprojekt zum Bedingungslosen Grundeinkommen nur die eines neoliberalen Modells sein kann, welches den Sozialstaat verdrängt. Die jetzige Sozialgesetzgebung schließt den Bezug mehrerer Einkommen kategorisch aus. Wer demnach ein BGE bezieht, kann nicht gleichzeitig andere Sozialleistungen in Anspruch nehmen, es sei denn, das BGE liegt unter der Einkommensgrenze für gewisse Sozialleistungen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.58. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Janina Pfau, Lars Legath

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 734.

„Bis der ÖPNV auch im ländlichen Raum bedarfsgerecht ausgebaut ist, schaffen wir als Sofortmaßnahme für junge Menschen die Möglichkeit eines zinslosen Darlehns für den Erwerb des Führerscheins.“

Begründung:

Die Mobilität für junge Menschen in vielen ländlichen Gegenden ist mehr als nicht zufriedenstellende. Außer dem Schulbus besteht oft nicht die Möglichkeit aus dem Ort zu gelangen.

Die Lösung des Problems ist dann oft nur der eigene Führerschein. Jedoch haben die Preise dafür in den letzten Jahren massiv angezogen. Durch ein zinsloses Darlehen wäre auch jungen Menschen aus finanzschwachen Haushalten die Möglichkeit gegeben, einen Führerschein zu erwerben.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.59. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Janina Pfau, Lars Legath

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 1115.

„... versorgt werden. Dabei werden wir dafür sorgen, dass die Zusammenarbeit zwischen Schulen und der offenen Jugendarbeit ausgebaut wird. Der schulpsychologische ...“

Begründung:

Immer wieder beklagen sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der offenen Jugendarbeit sowie der Schulsozialarbeit, dass es immer noch einen Trennung zwischen Schule und offener Arbeit gibt, obwohl sich beide gegenseitig sehr gut ergänzen. Die Zusammenarbeit funktioniert sehr gut wenn es sich bei beiden Bereichen um denselben Träger handelt, ein Austausch sollte aber auch bei unterschiedlichen Trägern funktionieren

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.60. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Janina Pfau, Lars Legath

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 1115.

„... ausgebaut werden. Zusätzlich setzen wir uns für ein Anti-Mobbing-Programm ein.“

Begründung:

Immer mehr Kinder und Jugendliche werden Opfer von Mobbing. Dieses Mobbing endet auch nicht an der Schulhofgrenze und wird oft viel zu spät entdeckt. Die Anzahl von jungen Menschen die durch Mobbing suizidgefährdet sind, steigt ständig. Es bedarf dringend einer Initiative, die das Problem in der Schule behandelt inklusive Medienbildung, sowie Lehrerinnen und Lehrer schult, Mobbingfälle zu erkennen und die Eltern sensibilisiert.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.61. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Janina Pfau, Lars Legath

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2008.

„Offene Jugendarbeit ist wichtig für unsere Gesellschaft, deshalb müssen die Arbeitsbedienungen insbesondere die Bezahlung der Angestellten in der Jugendarbeit dringend verbessert werden. Hierzu werden wir die Landkreise und Kommunen finanziell so ausstatten, dass eine breit aufgestellte Jugendarbeit finanziert werden kann.

Um dem Fachkräftemangel im Bereich der Jugendarbeit zu begegnen muss zusätzlich das Studienplatz Angebot im Bereich der Sozialen Arbeit ausgebaut werden. Um wieder praxisnahe Ausbildung auch für kleine Träger der Jugendarbeit in Sachsen zu gewährleisten werden wir die Praxispartner bei BA-Studiengängen im sozialen Bereich finanziell unterstützen.“

Begründung:

Durch die Förderpolitik in Sachsen (späte Auszahlung, jährliche Beantragung, niedrige Eingruppierung) sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere in der offenen Jugendarbeit neben der schlechten Bezahlung regelmäßig mit dem Problem konfrontiert, nicht zu wissen, ob es denn im nächsten Jahr weitergehen wird. Viele haben in Bereiche wie KITA oder Schulsozialarbeit gewechselt, um mehr Sicherheit zu erhalten. Es ist jetzt schon schwer freie Stellen in der offenen Jugendarbeit wieder zu besetzen.Dieses Problem wird sich in den nächsten Jahren noch verschlimmern. Nur durch einen gesicherten Arbeitsplatz und einen ordentliche Bezahlung können wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter halten bzw. davon überzeugen, sich für die offenen Arbeit zu entscheiden.

Zusätzlich müssen die Studienbedingungen attraktiver werden. Bis vor wenigen Jahren konnten auch kleine Vereine der offenen Jugendarbeit als Praxispartner für ein Studium an der Berufsakademie fungieren und damit Kontakte zu zukünftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herstellen. Studierende konnten so neben ihrem theoretischen Studium über längere Zeiträume praktische Erfahrungen sammeln. Mit einer zwingend festgeschriebenen Vergütung, welche von den Praxispartnern an die Studierenden zu zahlen ist, konnten einige

Praxispartner keine Plätze mehr anbieten, da durch die Kommunen keine Gelder für Studierende in Projekten gezahlt wird.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.62. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Janina Pfau, Lars Legath

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 1641.

„... werden können. Insbesondere in sozialen Bereichen werden wir neue Wege gehen. Für Zuwendungen bis 150.000 Euro wollen wir eine kurz bemessene Frist zur Entscheidung und eine „Bewilligungsfiktion". Die Bewilligungsbehörden sollen über einen Antrag auf Zuwendungen spätestens binnen eines Monats nach Eingang entscheiden müssen. Entscheidet die Bewilligungsbehörde dennoch nicht rechtzeitig oder ohne zureichende Begründung, so gilt der Antrag nach Ablauf der Frist als bewilligt. Eine umfassende ..."

Begründung:

Trotz eines beschlossenen Haushaltes warten zum Beispiel Träger bzw. Vereine im sozialen Bereich, insbesondere im Bereich Jugend und Familien viele Monate auf die Bewilligung. Sie müssen meist bereits im Herbst des Vorjahres Mittel beim Freistaat beantragen, bekommen aber erst im laufenden Jahr ihre Bescheide. Es kommt immer öfters vor, dass Bewilligungen sogar erst im Mai erfolgten. Infolgedessen müssen die betroffenen Vereine und Träger oft Personalkosten vorfinanzieren, Weiterbildungen und Veranstaltungen absagen, Projekte streichen, oder sie verlieren Personal. Die Haftung für die aus der dieser Behördenpraxis entstehenden finanziellen Risiken liegt bei den ehrenamtlichen Vorständen, die im Zweifelsfall mit ihrem Privatvermögen einstehen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.63. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Janina Pfau, Lars Legath

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 1788.

„... unterstützen. Dazu gehört für uns auch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.“

Begründung:

Die Kommunen sind auch der Lebensmittelpunkt für unsere Kinder und Jugendlichen, deshalb müssen sie auch in geeigneter Form bei den politischen Prozessen eingebunden werden und nicht wie es jetzt oft der Fall ist, dass nur über sie gesprochen und nicht mit ihnen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.64. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Janina Pfau, Lars Legath

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2000.

„... können. Darum werden wir weiter für die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz und in die Sächsische Verfassung kämpfen. Wenn sie ...“

Begründung:

Kinder brauchen zusätzliche Förder- und Schutzrechte von Verfassungsrang. Sie wären ein stabiles Fundament für eine bessere Kinder- und Jugendpolitik.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.65. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Janina Pfau, Lars Legath

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 363.

„Wissen über die eigenen Rechte ist auch im alltäglichen Leben unverzichtbar, deshalb setzen wir uns für den Ausbau des Verbraucherschutzes in Sachsen ein. Dazu sehen wir die Vermittlung von Verbraucherrechten sowohl bei Jugendlichen als auch bei Erwachsenen für uns als eine wichtige Aufgabe an.“

Begründung:

Viele Menschen in Sachsen kennen ihre Rechte beispielsweise bei Onlinekäufen, Versicherungsverträgen oder bei Bankinstitute nicht. Die Zahl der Menschen, die sich deshalb verschulden, steigt. Deshalb ist eine bessere Aufklärungsarbeit für Jung und Alt in Sachsen sehr wichtig.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.66. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Sabine Pester (SV Chemnitz)

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 847.

„Vor allem die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit hatten es in den letzten Jahren schwer und mussten oft um ihre Existenz kämpfen. Damit auch zukünftig wieder flächendeckend in Sachsen Angebote für Kinder und Jugendliche vorhanden sind, werden wir uns für eine Reform der Jugendpauschale sowie eine Anhebung der finanziellen Mittel im Landeshaushalt einsetzen."

Begründung:

In den letzten Jahren kämpfen Jugendclubs und andere Angebote der Kinder- und Jugendhilfe immer wieder um ihre Existenz, wie bspw. in Leipzig, Dresden oder im Landkreis Zwickau. Da dies eine freiwillige Aufgabe der Kommunen ist, stehen diese Einrichtungen bei prekären Haushaltslagen immer als erstes mit zur Disposition. Hinzu kommt, dass die Jugendpauschale vom Freistaat seit Jahren stagniert, trotz steigender Personal- und Betriebskosten vor Ort.

Schon 2014 hatte eine Expertengruppe der Paritätischen Wohlfahrtsverbände zum 4. Kinder- und Jugendbericht in Sachsen eine Neufassung der Jugendpauschale gefordert, um auch dem Stadt-Land-Gefälle Rechnung zu tragen.

Die Forderung nach einer Reform dieses Fördermittels des Landes sowie einer allgemeinen Anhebung dieser Haushaltsstelle ist also mehr als überfällig.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.67. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Juliane Nagel, Fabian Blunck, Marco Böhme

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 1617 - 1618.

Alt:
„Deswegen wollen wir in einem ersten Schritt eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre umsetzen."

Neu:
„Deswegen wollen wir in einem ersten Schritt eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre umsetzen, weil die SPD und Grünen nicht mehr wollen, Wir stehen dazu: wir wollen niemanden Aufgrund des Alters von Wahlen ausschließen und werden uns für die Abschaffung des Wahlalters einsetzen."

Begründung:

Erste Schritte in Richtung Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu formulieren ist richtig. Aber: Eine Forderung wie Wahlalter 16 ist nichts Exklusives - kein Alleinstellungsmerkmal und geht nun wirklich beileibe nicht weit genug. Was in anderen Bundesländern zumindest schon für Kommunalwahlen umgesetzt wurde, scheint in fast allen Parteien Sachsens Konsens. Ja selbst die Junge Union fordert ein Wahlalter 16 und scheint zumindest in dieser Hinsicht so Punkrock zu sein wie wir (bzw. die Verfasser*innen des Entwurfs) und das kann ja wohl nicht unser Selbstanspruch sein. Im Wahlprogramm von Bündnis '90/Die Grünen lässt sich die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahren wiederfinden.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.68. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Mischa Kreutzer

Der Parteitag möge beschließen:

Streichung in Zeile 86 - 87.

Alt:
„Inklusion im Schulsystem ist für uns ein gesamtgesellschaftlicher Gewinn und auch für Sachsens Wirtschaft.“

Neu:
„Inklusion im Schulsystem ist für uns ein gesamtgesellschaftlicher Gewinn.“

Begründung:

Die Durchsetzung von Maßnahmen zur Förderung der Inklusion an Schulen darf sich nicht an wirtschaftlichen Interessen ausrichten.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.69. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: LAG Bildung (Kerstin Popp)

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 1034-1036.

Alt:
„Mit Blick auf verstärkte Maßnahmen zur Integration und zu interkulturellen Kompetenzen unterstützen wir Modellprojekte für Willkommens-Kitas."

Neu:
„Mit Blick auf verstärkte Maßnahmen zur Integration und zu interkulturellen Kompetenzen fördern wir Willkommens-Kitas."

Begründung:

Wir setzen uns für die Förderung von Willkommens-Kitas ein, die nicht nur Modellversuche sein sollen!

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.70. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: LAG Bildung (Kerstin Popp)

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 1041 - 1042.

Alt:
„Wir machen Schluss mit der Auslese nach der vierten Klasse und ermöglichen das Lernen in kleinen Klassen von maximal 20 Schüler*innen in allen Klassenstufen."

Neu:
„Wir machen Schluss mit der Auslese nach der vierten Klasse und ermöglichen langfristig das Lernen in kleinen Klassen von maximal 20 Schüler*innen in allen Klassenstufen."

Begründung:

Es ist allgemein bekannt, dass der Freistaat Sachsen im Moment nicht ausreichend Lehrer*innen hat. Deshalb wird der Klassenteiler von maximal 20 Schüler*innen eine Zielgröße sein, die in den nächsten Jahren nicht erreichbar ist, ohne dass es wesentliche Veränderungen bei der Einstellung von Lehrer*innen gibt.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.71. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: LAG Bildung (Kerstin Popp)

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 1043 - 1044.

Alt:
„Wir werden eine echte Lernmittelfreiheit einführen, die natürlich auch die kostenlose Schüler*innenbeförderung einschließt."

Neu:
„Wir werden eine echte Lernmittelfreiheit einführen, die natürlich auch die kostenfreie Beschulung aller Kinder und Jugendlichen sowie die kostenfreie Schüler*innenbeförderung auch in den Großstädten einschließt."

Begründung:

Die Beförderung ist nicht kostenlos, sondern kostenfrei. Zur Lernmittelfreiheit gehört ebenso der kostenfreie Besuch der Schule für alle Kinder und Jugendliche. Schulbusse auf dem Land und im Gemeindeverbund sind das eine. Diese sind bereits in der Mehrheit kostenlos. Schwieriger wird der Besuch weiterführender Schulen in der nächsten Stadt, Schulen in der Inklusion, aber vor allem die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs in den Großstädten.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.72. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: LAG Bildung (Kerstin Popp)

Der Parteitag möge beschließen:

Streichung in Zeile 1047.

Alt:
„Studien und Schulpraxis zeigen: Gerade das Lernen in heterogenen Gruppen ermöglicht die individuelle Förderung der Schüler*innen."

Neu:
„Gerade das Lernen in heterogenen Gruppen ermöglicht die individuelle Förderung der Schüler*innen."

Begründung:

Der Satzteil ist verzichtbar, da wir nicht in der Beweisnot stehen. Die hierzu anführbaren Studien sind nicht unumstritten und wir sollten uns solche Diskussionen ersparen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.73. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Neben der noch zu erfolgenden redaktionellen Kontrolle soll insbesondere auch die Überprüfung der geschlechtergerechten Sprache in der Form erfolgen, dass ausnahmslos mit Genderstar („Genoss*innen“) gegendert wird. Statt der Schreibweise 'Frauen' soll "Frauen*" verwendet werden.

Begründung:

Die Schreibweise mit Gender-Star dient dazu, Menschen aller denkbaren Geschlechter mit einzuschließen (was übrigens auch Ausfluss des Absatzes ab Z. 445 ist). Das Programm tut dies über weite Strecken, ist darin aber insgesamt inkonsistent - schon in der Präambel wird in Zeile 89 bei „BewohnerInnen“ lediglich das Binnen-I ver-wendet, manchmal wird das gendern auch ganz weggelassen, wie etwa bei „Patienten“ in Z. 532. Ähnlich ist es mit dem * hinter dem Begriff 'Frau', der mal dasteht und mal nicht - da jedoch nicht nur um Frauen, sondern FLTIQ-Personen (Frauen, Lesben, Trans, Inter, Queer) angesprochen werden sollen, ist diese Schreibweise geeigneter.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.74. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Füge eine Fußnote an der ersten Stelle ein, an der ein Genderstar auftaucht und gebe dieser folgenden Text:

„Sprache hat einen großen Einfluss auf unsere Wahrnehmung und unser Denken und formt auf diesem Weg die gesellschaftlichen Verhältnisse mit. Uns ist es wichtig, Personen aller denkbaren Geschlechter gleichberechtigt anzusprechen und patriarchal geprägte Sprachmuster auszuhebeln. Insbesondere ist es unser Anliegen, Menschen mit einzubeziehen, die sich nicht in ein binäres Geschlechtersystem (sprich: männlich/weiblich) einordnen können oder wollen. Wir benutzen den Gender-Star (Teilnehmer*innen, Zuschauer*innen) oder im Plural entsprechende Partizipien (Teilnehmende, Zuschauende), um Personenbezeichnungen geschlechtergerecht zu formulieren. Wir benutzen ein Sternchen hinter einem Wort, um hervorzuheben, dass ausdrücklich mehr Identitäten angesprochen werden sollen, als es der bloße Anschein vermuten lassen würde (z. B. Frauen*, wenn genau genommen FLTIQ-Personen (Frauen, Lesben, Trans, Inter, Queer) angesprochen werden sollen.“

Begründung:

Geschlechtergerechte Sprache ist ein richtiges und wichtiges Anliegen, nur vermutlich leider nicht für alle Menschen die dieses Programm lesen so selbstverständlich wie für uns - daher ist eine kleine Erklärung zu Beginn vermutlich ganz nett, um Irritationen zu vermeiden.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.75. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 426 und 431 das Wort „klassisch“ durch „heteronormativ, also Mann und Frau“.

Begründung:

Die Bezeichnung von heteronormativen Paaren als "klassisch" reproduziert jenes heteronormative Weltbild, welchem wir eigentlich widersprechen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.76. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 448.

Alt:
„Menschen, die sich nicht einem der beiden Geschlechter zugehörig fühlen, werden marginalisiert, erfahren Diskriminierung und Gewalt."

Neu:
„Menschen, die sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zugehörig fühlen oder deren Geschlecht nicht mit dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt, werden marginalisiert, erfahren Diskriminierung und Gewalt."

Begründung:

Die Formulierung ist zu einfach gehalten um das auszudrücken was sie soll, nämlich: Es ist vollkommen egal welchem oder wie vielen Geschlechtern sich eine Person zugehörig fühlt, er*sie sollte deshalb keine Diskriminierung erfahren. Der bisherige Satz impliziert, dass es eben nur zwei Geschlechter gibt, was falsch ist. Außerdem können sich etwa Trans*personen sehr wohl einem der beiden traditionellen Geschlechter zugehörig fühlen und sind trotzdem noch von Diskriminierung betroffen, weil die Zugehörigkeit unter Umständen von anderen Personen angegriffen wird. Wir plädieren daher für diese weitere Formulierung, da in diesem Bereich eine hohe Sensibilität auch bei der Wortwahl von Bedeutung ist.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.77. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 739.

„... fahrscheinfrei organisiert werden. Das bedeutet, dass der öffentliche Verkehr durch eine sozial gestaltete Abgabe aller Bürger*innen und Tourist*innen finanziert wird und im Gegenzug kein Ticketkauf vor dem Besteigen von Bus oder Bahn mehr nötig ist.“

Begründung:

Die Formulierung im vorherigen Entwurf hat im Gegensatz zur jetzigen deutlicher erkennen lassen, worum es uns eigentlich geht: Nämlich dass für eine direkte Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel keine Fahrscheine mehr erworben werden müssen, sondern der gesamte ÖPNV solidarisch finanziert wird, damit alle Menschen umweltfreundlich ihr Recht auf Mobilität wahr- und am sozialen Leben teilnehmen können. Damit unsere Forderungen auch verständlicher werden, würden wir uns freuen wenn ihr dieser Konkretisierung zustimmt und der erklärende Satz mit in das Wahlprogramm aufgenommen wird.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.78. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 847.

„Insbesondere werden wir uns für die Unterstützung selbstverwalteter Jugendzentren einsetzen, in denen junge Menschen sich bspw. selbst dazu befähigen, Veranstaltungen zu organisieren oder ihre Freiräume auszubauen. Wichtige Bestandteile von Jugendkultur, etwa Skateanlagen oder legale Graffiti-Flächen, sollen flächendeckend vorhanden sein.“

Begründung:

Das Programm geht an keiner Stelle wirklich auf die spezifischen Dinge ein, die Jugendliche (außerhalb der Schule) zum guten Leben in Sachsen benötigen. Wir haben mit dem Gedanken gespielt ein eigenes Kapitel zu 'Jugend' einzuwerfen, diesen jedoch verworfen, weil es sich in die Struktur wie das Programm derzeit gestaltet ist nicht eingefügt hätte und viele Punkte an verschiedenen Stellen zu finden sind. Insbesondere der Aspekt der Unterstützung selbstständiger Jugendkultur, die es in sehr vielen Gemeinden Sachsens gibt und in noch vielen mehr geben muss, ist uns jedoch sehr wichtig, kommt sonst nirgends vor und deshalb werben wir dafür, die zwei Sätze in das Programm mit aufzunehmen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.79. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 908.

„... unterstützen. Insbesondere in den Großstädten müssen im Einzelfall auch Möglichkeiten zur Rekommunalisierung bestehenden Wohnraums geprüft werden."

Begründung:

In Leipzig und Dresden ist der Wohnungsmarkt nicht erst seit gestern angespannt, was sich beispielsweise auch in der Entwicklung von Mieter*innenbewegungen oder der Beteiligung an den bundesweiten Demonstrationen unter dem Motto „Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn" im April niederschlägt. Das Berliner Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen" hat in der bundesdeutschen Debatte große Wirkung entfacht und dazu beigetragen, dass die Eigentumsfrage wieder offensiver diskutiert wird. Die Debatte über die Enteignung von Wohnkonzernen muss auch in Sachsen geführt werden. Es gilt, insbesondere mit Blick auf das Berliner Volksbegehren, zu prüfen, ob die Wohnungen im Einzelfall der Profitgier von CG Gruppe, Vonovia und Konsorten entsprechend entzogen werden sollten. Es ist unserer Ansicht nach wichtig, sich den aktuellen Entwicklungen nicht zu verschließen und entsprechend diesen Satz in das Programm mit aufzunehmen, in dem bislang noch nichts in dieser Richtung zu vernehmen ist.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.80. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Streichung in Zeile 1093:

„Die politische Bildung muss einen höheren Stellenwert an den Schulen erhalten."

Einfügung in Zeile 1138:

„... und –gärten. Die politische Bildung muss einen höheren Stellenwert an den Schulen erhalten."

Begründung:

Hier wird zweimal an unterschiedlichen Stellen das gleiche Thema behandelt - das sorgt für Verwirrung und wir denken, dass es so besser nachvollziehbar ist.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.81. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 1208:

Alt:
„Auch für Azubis setzen wir uns für ein elternunabhängiges BAföG ein."

Neu:
„Auch für Azubis setzen wir uns für eine elternunabhängige, den Bedarf deckende Grundsicherung ein, deren Höhe gewährleistet, dass niemand weniger als 1.050 Euro im Monat zum Leben hat."

Begründung:

Die Einführung einer Grundsicherung für Studierende ist eine wichtige Forderung, damit man sich während seiner Hochschulzeit nicht um seine finanzielle Absicherung sorgen muss. Azubis befinden sich jedoch in der gleichen Lage. Meist ist das Ausbildungsgehalt bei weitem nicht ausreichend, um für ein ordentliches Auskommen zu sorgen, oder es gibt auch gar keins. Deshalb ist es nur richtig, dass wir dafür kämpfen, dass Azubis Studierenden gleichgestellt sind. Die Wunschausbildung sollte nicht am Geld scheitern müssen; dies gilt für Studium und Berufsausbildung, deshalb werben wir für diese Änderung.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.82. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen, Paul Hösler

---

Der Parteitag möge beschließen:

Streichung in Zeile 1272 - 1278:

„Ergebnisse der von der Gesellschaft finanzierten Wissenschaft wollen wir der Öffentlichkeit frei zur Verfügung stellen. Daher soll im Hochschulgesetz verankert werden, dass aus öffentlichen Mitteln finanzierte Forschungsergebnisse im Open Access – zumindest als Zweitveröffentlichung – publiziert werden müssen. Auch die Forschungsdaten, die den Publikationen zu Grunde liegen, sowie eventuell eingesetzter Softwarecode sollen – soweit möglich - frei zugänglich zur Verfügung gestellt werden. An den Hochschulen entwickelte Lerninhalte sollen ebenso nach Möglichkeit entsprechend veröffentlicht werden.“

Einfügung in Zeile 1341:
Alt:
„Dazu gehört ein unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht.“

Neu:
„Dazu gehört ein unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht, das im Sächsischen Hochschulgesetz verankert werden soll.

Einfügung in Zeile 1342:
Alt:
„Die Ergebnisse von Forschungsleistungen, die in Sachsen überwiegend durch öffentliche Mittel finanziert wurden, sollen zwingend als Open-Access-Publikation erscheinen.“

Neu:
„Die Ergebnisse von Forschungsleistungen - Forschungsdaten und, soweit möglich, Softwarecodes -, die in Sachsen überwiegend durch öffentliche Mittel finanziert wurden, sollen zwingend als Open-Access-Publikation erscheinen.“

Einfügung in Zeile 1343:
„... erscheinen. An den Hochschulen entwickelte Lerninhalte sollen ebenso nach Möglichkeit entsprechend veröffentlicht werden. Nur so kann es gelingen, dass Wissenschaft auch für die Gesellschaft verfügbar und nachvollziehbar wird.“

Begründung:

Sowohl im Abschnitt "Forschung und Lehre verzahnen" als auch im Abschnitt "Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung" wird die Bedeutsamkeit von Open Access in der Wissenschaft dargelegt. Zwar lässt sich dies auf viele Felder innerhalb der Hochschule ausweiten, dennoch sollten Redundanzen innerhalb unseres Wahlpro-gramms vermieden werden. Daher lassen sich die beiden Abschnitte Z. 1272-1278 und Z. 1334-1343 zusammenfassen, da sich der Inhalt beider Abschnitte nur marginal unterscheidet. Die Verankerung der Zweit-veröffentlichung im Hochschulgesetz wird durch die erste Einfügung vorgenommen, die Aufgliederung der Forschungsleistungen durch die zweite Einfügung und durch die dritte Einfügung wird die Veröffentlichung von Lerninhalten dem zweiten Abschnitt hinzugefügt.

Da die Verfügbarkeit von Forschungen und Forschungsergebnissen einen erheblichen Teil zur gesellschaftlichen Verantwortung von Hochschulen beiträgt, ist es unserer Auffassung nach sinnvoller die Forderungen zu Open Access im Abschnitt "Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung" zu verorten sowie darauf hinzuweisen, dass dadurch ein gesellschaftlicher Mehrgewinn entsteht, was hier durch den zweiten Satz der dritten Einfügung vorgenommen wird.

Der Absatz ab Z. 1334 würde dann wie folgt aussehen:

"Der wissenschaftliche Fortschritt und eine lebendige Forschungskultur leben nicht zuletzt vom wissenschaftlichen Austausch. Dazu gehört, dass Professor*innen, Doktorand*innen, Studierende und andere Mitglieder des Wissenschaftsbetriebs die Ergebnisse ihrer Arbeit frei veröffentlichen können. Aber auch, dass diese Veröffentlichungen dann möglichst leicht verfügbar und zugänglich sind. Ohne Open Access wird der wissenschaftliche Informationsfluss künstlich verknappt. Der freie und ungehinderte Zugang zu Forschungsergebnissen ist die Voraussetzung dafür, dass Informationen sich zu Wissen verdichten können. Wir setzen uns dafür ein, eine umfassende Open-Access-Förderstrategie zu entwickeln. Dazu gehört ein unabdingbares Zweitveröffentlichungs-recht, **das im Sächsischen Hochschulgesetz verankert werden soll**. Die Ergebnisse von Forschungsleistungen **- Forschungsdaten und, soweit möglich, Softwarecodes -**, die in Sachsen überwiegend durch öffentliche Mittel finanziert wurden, sollen zwingend als Open-Access-Publikation erscheinen. **An den Hochschulen entwickelte Lerninhalte sollen ebenso nach Möglichkeit entsprechend veröffentlicht werden. Nur so kann es gelingen, dass Wissenschaft auch für die Gesellschaft verfügbar und nachvollziehbar wird.**"

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.83. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 1607 - 1611:

Alt:
„Darüber hinaus werden wir jenen mehr Gehör schenken, die unsere Gesellschaft in Zukunft gestalten werden. Konkret wollen wir Kinder- bzw. Jugendparlamente und Jugendbeiräte in Städten und Gemeinden einrichten, weil wir überzeugt davon sind, dass politische Bildung und Beteiligung so früh wie möglich beginnen muss - gerade, wenn es darum geht, die Lust auf Politik zu fördern und Kinder und Jugendliche in ihren Erfahrungen ernst zu nehmen und in ihren Anliegen zu unterstützen."

Neu:
„Die in der Sächsischen Gemeindeordnung als Soll-Bestimmung festgelegten Jugendparlamente sind zwar ein guter erster Schritt um die Stimmen junger Menschen in den Städten und Gemeinden Sachsens lauter zu machen, jedoch haben diese oft lediglich Rede- und Antragrechte in den kommunalen Gremien und keine tatsächlichen Kompetenzen. Wir werden uns daher für Jugendbeteiligung in Form von Jugendbeteiligungsforen einsetzen, in welchen in basisdemokratischen Verfahren, offen für alle Jugendlichen, für die Kommune verbindliche Absprachen getroffen werden. Dort können für jugendpolitische Inhalte Forderungen beschlossen werden, aber auch Beratungen für andere Themen vorgenommen werden, sowie Personen zu den Ausschüssen und Sitzungen der Räte entsandt werden. Dabei sind die Jugendlichen und ihre Interessen verpflichtend anzuhören. Die Jugendbeteiligungsforen sollen mit eigenen Budgets ausgestattet werden, über die Jugendliche nach dem Vorbild der Beteiligungshaushalte (wie z. B. aus Porto Alegre bekannt) entscheiden. Zur Sensibilisierung der Teilnehmenden werden Angebote zur politischen Bildung im allgemeinen, aber auch speziell für die Jugendpolitik geschaffen, hervorzuheben ist dabei die Schaffung des Angebotes an Schulen. Zur Koordinierung und Organisation des Ganzen sollen Kommunen Jugendbeteiligungsbüros errichten, die jederzeit die Jugendlichen in der Organisation unterstützen und beraten."

Begründung:

Die Erfahrungen mit den existierenden sächsischen Jugendparlamenten zeigen, dass sie einfach nicht das Nonplusultra sind und auf lange Sicht nicht dabei helfen, tatsächliche Mitbestimmung zu ermöglichen. Wir sprechen uns daher deutlich für eine Hinwendung zu beschriebenen Jugendbeteiligungsforen aus.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.84. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen, Anna Gorskih

---

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 1611:

„Die Jugendbeteiligung in Jugendparlamenten muss weiterhin deutlich aufgewertet werden. Denn oft haben Jugendparlamente nur Rede- und Antragsrecht, aber verfügen über keine realen Entscheidungskompetenzen. Es reicht aber nicht, dass man der Jugend nur zuhört. Sie muss auch dazugehören und mitgestalten können. Deswegen setzen wir uns für eine Ausstattung der Jugendparlamente mit allen Kompetenzen ein, um wirklich mitgestalten und auf die Politik Einfluss nehmen zu können. Außerdem setzen wir uns für die Einführung eines derartig mit allen Entscheidungskompetenzen aufgewerteten Jugendparlaments auch auf Landesebene ein.“

Begründung:

Die von uns eigentlich geforderte, weitreichende Beteiligung von Jugendlichen in Jugendforen sehen wir in der Förderung von Jugendparlamenten nicht in Gänze erfüllt. Die Stärkung von Jugendparlamenten und deren Rech-te kommt im Ursprungsantrag nicht zu genüge zu tragen. Deshalb dient dieser Antrag als 'Notlösung', die wir sympathischer finden als die Ursprungsfassung, jedoch ausdrücklich hinter die Forderung nach Jugendbeteiligungsforen stellen. Falls der Antrag bezüglich der Jugendbeteiligungsforen angenommen wird, ist dieser Antrag also hinfällig.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.85. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 1611:

„Jungen Menschen muss jedoch auch über diese Gremien hinaus mehr Gehör geschenkt werden, um insbesondere in kleinen Städten die Attraktivität für jüngere Menschen zu erhöhen. Wir halten es dementsprechend für eine gute Überlegung, für Stadt- und Gemeinderäte eine U-27-Quote (zum Wahltag) zu diskutieren."

Begründung:

Die tatsächliche Auswirkung von Jugendbeteiligungsformaten wie sie die Sächsische Gemeindeordnung seit der letzten Änderung vorsieht muss stark in Zweifel gezogen werden. Zeitgleich sind viele Gemeinderäte stark überaltert und nicht imstande, Impulse von jungen Menschen aufzunehmen - sofern solche denn kämen, weil die Wirkungsweise von Kommunalpolitik diese oft abschreckt. Eine solche Regelung würde dazu führen, dass sich einerseits junge Menschen eher geneigt sehen sich in kommunalpolitische Themen einzuarbeiten und mitwirken zu wollen, andererseits die Parteien und Wählervereinigungen dazu motivieren, explizit auf junge Menschen zu-zugehen um sie für eine Kandidatur auf ihren Listen zu gewinnen. In Zeiten des quasi überall beklagten „Ausblutens" des ländlichen Raumes erscheint uns diese Forderung als sehr sinnvoll. Es gäbe verschiedene Möglichkeiten, solche Verfahren in die SächsGemO zu implementieren; da der Gedanke an sich jedoch ein Neuer ist haben wir den Änderungsantrag bewusst sanft formuliert und hoffen dementsprechend auf die Zustimmung zum Grundgedanken - denn Diskussionen haben bekanntlich noch nie geschadet. ;)

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.86. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 1617 - 1618:

Alt:
„Deswegen wollen wir in einem ersten Schritt eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre umsetzen."

Neu:
„Deswegen setzen wir uns für die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts aller Personen ohne Altersbegrenzung ein."

Begründung:

Altersbegrenzungen bei Wahlen sind Unfug. Langfristige Ziele und die damit verbundenen Visionen, für die wir uns einsetzen, sollten auch in unserem Wahlprogramm auffindbar sein. Als linksjugend ['solid] Sachsen setzen wir uns schon seit längerer Zeit für ein Wahlalter 0 ein. Für uns ist jede Altersgrenze, sei sie bei 18, bei 16, oder bei 9,5 Jahren angesetzt, nichts als Willkür - daher fordern wir, dass allen Menschen von Geburt an das aktive und passive Wahlrecht zugesprochen wird. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass es immer verschiedene Gründe gab, Menschen ihres Wahlrechts zu berauben. Zu geringes Einkommen, die soziale Stellung oder schlicht das Frau*-Sein waren lange Zeit Gründe dafür, nicht an politischen Wahlen teilnehmen zu dürfen. Dieser Rückblick zeigt aber auch, dass es möglich ist, derartige Einschränkungen aufzubrechen, also auch bei der Altersgrenze. Oftmals heißt es, dass doch Kinder aber viel zu jung und unreif seien, um so wichtige Entscheidungen treffen zu können. Nunja. Jung sind Kinder zweifelsohne. Aber die entscheidende Frage ist, wie man* die Bewertung „zu jung, zu unreif" ansetzt. Ab wann ist man* zu jung für etwas? Ist das nicht von Mensch zu Mensch unterschiedlich? Wir finden, Alter hat nichts mit Reife zu tun. Man* kann nicht messen, ob und wann ein Mensch reif genug ist, um wählen zu können. Bei älteren und vermeintlich reiferen Menschen misst dies auch niemand nach und das ist auch gut so. Genauso oft heißt es, dass junge Menschen im Wahlverhalten viel zu leicht zu beeinflussen seien. Das sind doch Erwachsene nicht minder. Junge Menschen sind, trotz der schlechten politischen Bildung in den Schulen, oftmals besser über Politik und ihr Funktionieren informiert und absolut in der Lage, die politische Lage zu bewerten. Außerdem versucht doch auch nie-

mand, älteren Wähler_innen das Wahlrecht zu entziehen, nur weil sie weniger informiert oder gebildet erscheinen, oder? Genauso wäre es fatal, jungen Menschen das Wahlrecht abzusprechen, weil sie eventuell „extreme Parteien“ wählen würden. Abgesehen davon, dass wir uns nicht auf das absurde Spielchen der Extremismustheorie einlassen wollen, ist es alles andere als demokratisch, Menschen aufgrund ihrer möglichen Wahlentscheidung von einer demokratischen Wahl auszuschließen. Macht ja aktuell immerhin auch niemand. „Nuja, abor die wähln dann doch och nur das, was ihre Eldorn den‘ erzählne.“ Auch das ist kein wirklich schlagkräftiges Gegenargument und im Übrigen exakt die These, mit der Mann versucht hat, Frauen ihr Wahlrecht abzusprechen. Glücklicherweise wissen wir, dass Frauen* und auch junge Menschen einen eigenen Willen haben und diesen auch äußern sollen dürfen. Wir möchten also diese Altersgrenze, die, egal wo sie angesetzt ist, immer willkürlich und exklusiv ist, aufbrechen. Wir möchten nicht, dass Kleinkinder vor die Wahlurne gezerrt werden, sondern dass alle, die wählen gehen wollen und sich bereit fühlen, dies auch tun sollen. Damit können viele junge Menschen Politik besser mitgestalten, als es aktuell der Fall ist und damit auch ihre spezifischen Themen mit in die Politik einbringen. Aktuell ist es doch so, dass alte Menschen darüber streiten, was besser für die Kinder und die Jugend ist. Lasst die, die es betrifft doch mitstreiten, vielleicht wissen sie ja mehr, was sie selbst wollen.

Was wir explizit nicht wollen, ist ein Familienwahlrecht, bei welchem die Stimme der Kinder an die Eltern übertragen wird. Letztere also für ihre Kinder mit abstimmen und mehrere Stimmen abgeben können. Das finden wir alles andere als demokratisch und das entspricht ziemlich genau überhaupt nicht den Vorstellungen, die wir an ein Wahlrecht für junge Leute haben - aber deswegen ist unsere Formulierung ja auch so wie sie ist.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.87. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Streichung in Zeile 1848 - 1852:

„Zugleich wollen wir sicherstellen, dass das neue Prostituiertenschutzgesetz von den Kommunen umgesetzt wird, damit Sexarbeiter*innen nicht weiter in die Illegalität gedrängt werden. Vorgeschriebene Untersuchungen sind kostenfrei anzubieten und der Schutz und die Vertraulichkeit der Daten der Frauen* ist zu garantieren. Unser Ziel dabei ist, Prostituierte zu schützen – nicht die Prostitution."

Begründung:

Die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes führt eher zu Verdrängung von Sexarbeiter_innen in die Illegalität, als dass es diese Entwicklungen verhindern würde und geht für diese Menschen mit vielen Pflichten und einem hohen Ausmaß an Überwachung einher, jedenfalls hat es nichts mit kommunaler Gleichstellungsarbeit zu tun. Darüber hinaus gibt es so etwas wie 'vorgeschriebene Untersuchungen' derzeit nicht (oder sind da die Anmeldungen gemeint?), lediglich kostenpflichtige Gesundheitsberatungen. Wir halten es für falsch, dass sich im Landtagswahlprogramm lediglich positiv auf dieses sehr umstrittene und kritikwürdige Gesetz bezogen wird und plädieren daher dafür, lieber keine Aussage zu treffen. Eigentlich sollte das ProstSchG von der LINKEN komplett abgelehnt werden, da es in der Ausführung seinen Schutzcharakter verfehlt.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.88. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen, Jakob Müschen

---

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 1859 - 1860:

Alt:
„Sachsens Polizei braucht eine bessere bauliche und technische Infrastruktur sowie mehr Personal. Straftaten müssen schneller und konsequenter geahndet werden, ohne dabei in verfassungsrechtlich geschützte Grundrechte oder Verfahrensgarantien einzugreifen oder diese gar aufzugeben."

Neu:
„Sachsens Polizei braucht eine bessere bauliche und technische Infrastruktur sowie besser geschultes und verteiltes Personal. Statt eine Militarisierung der Bereitschaftspolizei zu forcieren sollte diese eher damit betraut sein, Straftaten schneller zu ahnden, ohne dabei in verfassungsrechtlich geschützte Grundrechte oder Verfahrensgarantien einzugreifen oder diese gar aufzugeben."

Begründung:

Was wir in Sachsen nicht brauchen, sind mehr Polizist_innen. Mag sein, dass insbesondere in ländlichen Regionen die Anfahrtszeiten zu Verbrechensorten zu lang sind und sich Überstunden bei den Beamt_innen anhäufen. Aber solange mit 150 Beamt_innen ein leerstehendes Umspannwerk in Leipzig durchforstet wird, monatelange Überwachung eines Graffitis stattfindet und in sich wiederholenden Abständen mit unverhältnismäßig großem Aufwand durchgeführte Cannabiskontrollen mit lachhaft wenig Resultaten durchgeführt werden sind das Problem wahrlich nicht zu wenig Polizeibeamt_innen, sondern deren falsche Verteilung, sinnlose Aufgaben und eine seltsame Prioritätensetzung der Leitungsebene bzgl. der Aufgabenerfüllung.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.89. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen, Anna Gorskih

---

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung in Zeile 2106:

„Die Integration des NSU-Komplexes in die Lehrinhalte an sächsischen Schulen ist uns ein Anliegen. Darüber hinaus werden wir Aufklärungs- und Fortbildungsangebote für Lehrkräfte an Schulen und Ausbildungs-stätten intensivieren, um auf allen Bildungsebenen den bestehenden Ressentiments und Ideologien der Ungleichwertigkeit entgegenzutreten. Inhaltlich sollen diese Angebote am schnellen Erkennen, Intervention und Umgang mit menschenverachtendem Gedankengut sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit ausgerichtet werden.“

Begründung:

Manche Lehrkräfte fühlen sich befähigt zu intervenieren, wenn sie menschenverachtende Äußerungen oder Handlungen unter ihren Schüler_innen mitbekommen. Andere hingegen fühlen sich im ersten Moment vielleicht überfordert, andere wissen möglicherweise nicht, wie sie eingreifen können und ob sie das überhaupt dürfen und sollen. Deswegen braucht es Angebote und Weiterbildungen für Lehrkräfte, um das notwendige Wissen und die Skills im Umgang mit neonazistisch usw. eingestellten Jugendlichen in Bildungseinrichtungen zu vermitteln, damit sie in Zukunft sicherer agieren können.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

Dieses Arbeitsheft gehört:

www.dielinke-sachsen.de

Impressum

Herausgeber: Thomas Dudzak, Landesgeschäftsführer
Satz: Robert Wünsche
Redaktionsschluss: 17.06.2019